



Kurzbericht aus dem Schulausschuss vom 07.11.08

Das Projekt „**Eigenverantwortliche Schule und Qualitätsvergleich in der Bildungsregion Braunschweig**“ muss weiter bestehen; so war die Forderung des Vertreters des Arbeitskreises. In den zwei Arbeitsjahren entstand ein Netzwerk in der Region, das sich mit der Zukunft der Bildungsstruktur beschäftigt hat. Am Ende des Jahres soll die Projektförderung des Landes auslaufen.

Eine Abfrage zu **behindertengerechten Schulanlagen** ergab, dass es in Braunschweig noch keine Realschulen gibt, die diese gesetzliche Forderung erfüllt. Hier ist dringender Handlungsbedarf geboten.

Der **Personalbedarf für die Schulsekretärinnen** wird aufgestockt; ob diese Erhöhung ausreicht, ist fraglich; denn die Schulen haben durch die übertragene Eigenverantwortlichkeit einen eine außergewöhnliche Arbeitsverdichtung in der Schulorganisation erfahren.

Die Verwaltung muss nun doch eine Befragung in den 1-4. Klassen durchführen, um den Bedarf für zusätzliche **IGS-Plätze in Braunschweig** festzustellen. Bisher ging man davon aus, dass die Anzahl der abgelehnten Kinder (über Jahre immer über 300) als Nachweis des IGS-Bedarfs ausreiche.

Im nächsten Rat wollen wir einen Antrag stellen, der ebenfalls in diese Richtung abzielt. Denn andere Zahlen belegen deutlich, in den Stadtteil wo eine IGS steht, ist die Nachfrage am größten. Deswegen bleiben wir für eine gerechte regionale Verteilung der IGS`en in der Stadt BS – die **4.IGS in den Süden der Stadt**. Hierfür spricht auch eine gute Erreichbarkeit mit dem ÖPNV. Eine Sondersitzung am 18.Nov. wird öffentlich zeigen wie weiter verfahren werden kann.

Da die Verwaltung gesetzte Fristen einhalten muss, wird das Amt bis zum Ende des Jahres nur für den IGS-Bereich arbeiten können. Die weiteren Entwicklungen für die anderen Schulformen können zurzeit mit eignen Mitteln nicht erarbeitet werden. Die Verwaltung überlegt Ressourcen einzukaufen.

Im Rahmen der Fortschreibung des Medienentwicklungsplans haben wir durch Antrag sichergestellt, dass alle Kinder aus einkommensschwachen Familien, an dem Projekt zur Einführung von **Notebookklassen** teilnehmen können. Die Finanzierung für diese Kinder muss übernommen werden.



Die Einrichtung des Ricarda-Huch-Gymnasiums als **Ganztagschule** wurde beschlossen. Vier Grundschulen wollen Offene Ganztagschule werden. Die Verwaltung empfahl die Zurückstellung dieser Anträge. Die Grundschulen Diesterwegstr., Heidberg, Heinrichstr. und Klint sollen aber zum Schuljahr 2009/10 starten können, dies wurde auf den Antrag der SPD so beschlossen. Die Schulleiterinnen stellten im Ausschuss die Bedarfslage und erklärten sich bereit, auch mit einer eingeschränkten Umsetzung zu beginnen. Das so genannte „Braunschweiger Modell“ ist wohl z.Z. die beste Umwandlungsmodell, aber auch ein teures. Solange die politische Mehrheit im Rat sich nicht erklärt und die nötigen finanziellen Mittel im Haushalt bereitstellt, bleibt die Verbesserung der Schulkindbetreuung Stückwerk. Jede

Schule, die Ganztagschule werden möchte, muss diese Möglichkeit erhalten. Betreuung, Erziehung und Bildung für alle Kinder – am besten in Ganztagschulen

In den **Haushaltsberatungen** für den Bereich Schule fand unser Antrag ein entsprechendes Konzept für die Grundschulen zu erstellen, gegen die Stimmen von CDU und FDP eine Mehrheit. Die Umwandlung in eine Ganztagschule ist ein aufwendiger Entwicklungsprozess, der qualitativ von der Verwaltung begleitet werden muss. Auch als planender Verwaltungspartner muss eine Mithilfe in Sinne einer entsprechenden Daseinsfürsorge die regionale Verteilung innerhalb Braunschweigs angestrebt werden.

Auf unsere Nachfrage hin, erklärte die Verwaltung, dass es **keine gesundheitsschädliche Belastungen** in Räumen der Johannes-Selenka-Schule gibt. Verschiedene Messungen blieben in den zulässigen Grenzbereichen.

Den diesjährigen **Louis-Spohr-Jugendmusikförderpreis** der Stadt Braunschweig erhält die 17-jährige Klavierspielerin Marie Rosa Günter – Klasseleistung, wir gratulieren!